



Präsidium des Grossen Gemeinderates
c/o Stadtkanzlei
Stadthaus
6300 Zug

Zug, 31. März 2014

Interpellation: Umzug Betriebsamt ins L+G Gebäude

Grundlage dieser Interpellation bildet die vom Stadtrat verfasste Medienmitteilung vom 27.3.2014, welche dieser Interpellation beigelegt ist.

Gemäss oben genannter Medienmitteilung zieht das Betriebsamt der Stadt Zug bereits im Oktober 2014 in das L+G Gebäude. Durch den Umzug entstehen Kosten in der Höhe von CHF 525'000.--. Während der Abstimmung zum Kauf des L+G Gebäudes hat der damalige Stadtrat wiederholt und offiziell gesagt, dass der Umzug der Stadtverwaltung keine Folgekosten mit sich tragen werde und dass das Gebäude in unverändertem Zustand genutzt werden kann.

- 1) Geht der Stadtrat mit dem Interpellanten einig, dass die damalige Aussage (keine Folgekosten aufgrund Umzugs der Stadtverwaltung) falsch war?
- 2) Wieso kam es damals zu dieser Falschaussage? Wurden die Kostenfolgen zu wenig detailliert abgeklärt (z.B. aufgrund der angeblichen Dringlichkeit des Geschäfts)?
- 3) Weiss der Stadtrat bereits von weiteren Zusatzkosten für den geplanten Umzug der gesamten Stadtverwaltung? Wurde diese Frage unterdessen abgeklärt? Falls nein, wieso nicht? Falls ja, wie hoch ist die Schätzung der Folgekosten?

Gemäss Medienmitteilung läuft der Mietvertrag am Fischmarkt demnächst aus. Der Vermieter bezahlt freiwillig CHF 60'000.- an die Umtriebe und die Stadt Zug spare anscheinend CHF 30'000.- an Mietkosten.

- 4) Wie hoch waren die Mieteinnahmen der Stadt von Bildxzug (bisheriger Mieter im L+G Gebäude)? Wie hoch ist der effektive Sparbetrag, wenn man die in Zukunft fehlenden Einnahmen von Bildxzug miteinberechnet?
- 5) In der Abstimmungsbroschüre zum Kauf des L+G Gebäudes hat der damalige Stadtrat erwähnt, dass eine Reduktion der benötigten Bürofläche erreicht werden könne. Ist die neue Mietfläche im L+G Gebäude kleiner als die bisherige Mietfläche des Betriebsamtes am Fischmarkt? Falls nein, aus welchen Gründen nicht?
- 6) Wieso bezahlt der Vermieter der Stadt Zug freiwillig einen Betrag von CHF 60'000.- (entspricht zwei Jahresmieten), obwohl der Mietvertrag gemäss Medienmitteilung ordentlich ausläuft? Hat diese Zahlung mit den von der Stadt Zug erst im letzten Jahr getätigten Investitionen für die Sicherheit im Betriebsamt am Fischmarkt zu tun?

Gemäss Medienmitteilung bedeute der Umzug des Betreibungsamtes nicht, dass die Stadtverwaltung nun „tröpfchenweise“ ins L+G Gebäude ziehe. Der Stadtrat habe sich mit der Frage befasst, ob es richtig sei, diesen Entscheid zu fällen, obwohl die Unterschriftensammlung für die sog. Doppelinitiative erfolgreich am Laufen ist.

- 7) Aus welchen Gründen wartet der Stadtrat mit den Umzugsplänen nicht ab, bis die Abstimmung zur Doppelinitiative vorüber ist? Geht der Stadtrat nicht ein erhebliches finanzielles Risiko ein, wenn das Betreibungsamt bereits ins L+G Gebäude umzieht, das Stimmvolk aber entscheiden würde, dass die Verwaltung in der Altstadt bleiben solle?

Im Voraus besten Dank für eine möglichst rasche schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

Für die FDP-Fraktion



Martin Kühn, Fraktions-Chef

((Medienmitteilung – frei zur Veröffentlichung))

Stadt Zug

Betreibungsamt zieht bereits in neue Stadtverwaltung

Mit dem Betreibungsamt zieht früher als geplant eine Abteilung der Stadtverwaltung in das ehemalige Landis&Gyr-Gebäude beim Bahnhof. Das Betreibungsamt muss die bisherige Mietfläche am Fischmarkt räumen und braucht deshalb neue Büros. Der Umzug ist für die Stadt auch finanziell attraktiv.

Die Stadt Zug führt die gesamte Verwaltung, die derzeit auf sieben Häusern in der Altstadt verteilt ist, an einem einzigen Standort zusammen. Das Stimmvolk hat dafür im Sommer 2012 dem Kauf des ehemaligen Landis&Gyr-Gebäudes beim Bahnhof zugestimmt. Der Umzug ist auf Winter 2019 vorgesehen, bis zu diesem Zeitpunkt ist die Firma Siemens eingemietet.

Das Betreibungsamt mit seinen zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird schon im Oktober 2014 in das neue Verwaltungsgebäude ziehen. Karl Kobelt, Vorsteher Finanzdepartement, zu den Gründen: «Wir machen aus der Not eine Tugend. Der Mietvertrag des Betreibungsamtes am Fischmarkt läuft demnächst aus, ohne Option auf Verlängerung, infolge Eigenbedarfs durch den neuen Eigentümer. Da im ehemaligen Landis&Gyr-Gebäude durch den Auszug der Bildungseinrichtung Bildxzug eine Fläche in idealer Grösse frei wird, kann das Betreibungsamt bereits jetzt dorthin zügeln.» Die Stadt spart damit Mietkosten von jährlich rund 30 000 Franken. Ausserdem beteiligt sich die Fischmarkt-Eigentümerschaft mit 60 000 Franken an die Umtriebe.

Für das Betreibungsamt sind Sicherheitseinrichtungen wie kugelsichere Verglasungen, gesicherte Türzutritte und spezielle Informatikeinrichtungen auch am neuen Standort unerlässlich. Die einmalige Investition beträgt maximal 525'000 Franken. Karl Kobelt: «Wenn das Betreibungsamt neue Büros bezieht, fallen diese Kosten wegen den ausserordentlich hohen Sicherheitsanforderungen automatisch an – egal wo. Auch an jedem anderen Ort müsste für die speziellen Bedürfnisse des Betreibungsamtes diese Investition getätigt werden. Es macht deshalb Sinn, das Betreibungsamt bereits jetzt dort unterzubringen, wo später ohnehin die ganze Stadtverwaltung hinkommt. Eine Zwischenlösung käme erheblich teurer zu stehen und ist deshalb nicht angebracht.»

Kein tröpfchenweiser Umzug

Der Stadtrat hat sich auch mit der Frage befasst, ob es politisch opportun sei, diesen Entscheid zu fällen im Wissen, dass derzeit Unterschriften für eine Doppelinitiative gegen den Umzug gesammelt werden. Er ist zur Ansicht gelangt, dass das Volk die Zentralisierung der Verwaltung und den Kauf des Gebäudes mit der Volksabstimmung vom September 2012 legitimiert hat und es deshalb unverhältnismässig wäre, alle wichtigen Entscheide zum Umzug bis auf weiteres zu sistieren. Karl Kobelt: «Wir planen den Umzug weiter, so wie es dem Volkswillen entspricht. Umso mehr, wenn wie im

vorliegenden Fall bereits vorab finanzielle Einsparungen zu Gunsten der Stadtkasse realisiert werden können.»

Der Umzug des Betriebsamtes bedeutet aber nicht, dass die Stadtverwaltung nun tröpfchenweise ins ehemalige Landis&Gyr-Gebäude zieht. Dies wäre wegen des Vertrags mit Siemens auch gar nicht möglich. Karl Kobelt: «Das Betriebsamt, hat nur wenige Schnittstellen zur übrigen Stadtverwaltung. Der Umzug des Betriebsamt ist demnach ein Ausnahmefall.»

Ehemaliges Landis&Gyr-Gebäude: Stadt nimmt über 8 Millionen Franken ein

Die Zusammenführung der gesamten Verwaltung im ehemaligen Landis&Gyr-Gebäude erhöht den service public für die Bürgerinnen und Bürger, die voraussichtlich ab 2019 alle städtischen Dienstleistungen an einem bestens erreichbaren Standort beziehen können. Mit dem Umzug der gesamten Verwaltung spart die Stadt zudem langfristig Geld, da nur noch ein Gebäude statt wie heute sieben Liegenschaften unterhalten werden müssen. Bis zum Einzug der ganzen Stadtverwaltung in voraussichtlich fünf Jahren erwirtschaftet die Stadt durch die Vermietung des Gebäudes an Dritte einen Netto-Ertrag von 1.4 Millionen Franken pro Jahr. Das ehemalige Landis&Gyr-Gebäude wirft also bis zum Einzug der Stadtverwaltung einen Ertrag von über 8 Millionen Franken ab – zu Gunsten der Stadtkasse.

Zug, 27. März 2014

Für Rückfragen:

Karl Kobelt, Vorsteher Finanzdepartement, 041 728 21 21 (bis 16.30 Uhr)

Beilage:

Bild ehemaliges Landis&Gyr-Gebäude (weitere Bilder auf Anfragen verfügbar)

Legende: Das städtische Betriebsamt zieht bereits im Herbst in das ehemalige Landis&Gyr-Gebäude am Bahnhof Zug. Voraussichtlich ab 2019 soll dann die gesamte Stadtverwaltung hier arbeiten und alle ihre Dienstleistungen an einem einzigen Ort anbieten können.